

Niederschrift

über die 6. Sitzung des Stadtrates Wörth a. Main am 22. Oktober 2008

Zu der Sitzung waren alle Stadträte ordnungsgemäß geladen. Erschienen sind der Erste Bürgermeister und 19 Stadtratsmitglieder. Stadtrat Ferber fehlte entschuldigt. Stadtrat Schulz nahm an der Sitzung ab TOP 3 teil.

Ferner waren anwesend: Herr Stendel, Herr Ripperger (Büro stendel architekten) bei TOP 2
Ralf Steinhardt, Forstrevierleiter
VOAR Heinz Firmbach, Stadtkämmerer
VOAR A. Englert, Protokollführer

Die Sitzung war öffentlich von TOP 1 – 10, nichtöffentlich bei TOP 11 und dauerte von 19.00 Uhr bis 22.00 Uhr. Soweit nicht anders vermerkt, wurden die Beschlüsse einstimmig gefaßt.

1. Bürgerfragestunde

Frau Esther Wöber erläuterte die Zielrichtung des Antrags zur Errichtung eines oder mehrerer weiterer Bolzplätze im Stadtbereich, der zur Behandlung als TOP 7 vorgesehen war. Viele Eltern sähen einen Bedarf für Kinder im Alter zwischen 6 und 12 Jahren, für die die Anlage am Galgen nicht geeignet sei. Den Bedürfnissen der Kinder nach Bewegung und sozialen Kontakten sei der Vorrang vor Beeinträchtigungen nachbarlicher Ruhe einzuräumen. Mögliche Konflikte könnten durch die Beschränkung von Betriebszeiten minimiert werden.

Bürgermeister Dotzel verwies darauf, daß vor einer grundlegenden Entscheidung und der Auswahl möglicher Standorte eine Vorberatung im Bau- und Umweltausschuß oder dem Ausschuß für Bildung, Kultur und Soziales erfolgen wird.

2. Energetische Sanierung der Offenen Ganztageschule

2.1 Verbesserung der Decke in der Schwimmhalle

In der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses vom 15.09.2008 hatte Bürgermeister Dotzel bekanntgegeben, daß im Rahmen der Planung für die energetische Sanierung der OGS auch die Decke der Schwimmhalle überprüft wurde. Dabei hat sich herausgestellt, daß die bei der Generalsanierung des Bades im Jahr 1987 eingebaute Dämmung nicht mehr den heutigen Anforderungen entspricht. Das Büro stendel architekten hatte deshalb vorgeschlagen, die vorhandene Holzkassettendecke, die in weiten Teilen ohnehin überarbeitungsbedürftig ist, abzunehmen, die Wärmedämmung zu verbessern und danach entweder die aufgearbeitete alte Holzdecke oder eine neue Decke einzubauen. Die Holzdecken in den Nebenräumen mußten wegen der notwendigen Ergänzungen der haustechnischen Einrichtungen ohnehin schon demontiert werden. Sie sind zum Wiedereinbau nicht geeignet und sollen durch Kassettendecken wie in der neuen Sporthalle ersetzt werden.

Mittlerweile hat das Büro weitere Untersuchungen angestellt und eine Kostenberechnung für die Maßnahmen vorgelegt. Danach wird empfohlen, auf die ursprünglich vorgesehene Wärmedämmung der Decke zu verzichten. Aufgrund der raumklimatischen Umstände (hohe Luftfeuchtigkeit und Chlorgehalt der Luft) ist eine aufwendige Ausführung nötig, die ca. 39.000 € kosten würde. Unter Berücksichtigung der zu erzielenden Einsparungen ergibt sich keine wirtschaftliche Amortisation.

Für die Schwimmhalle selbst schlägt das Büro vor, die vorhandene Holzdecke durch eine geschwungene Aluminium-Paneeldecke zu ersetzen. In den Randbereichen soll die bestehende Betondecke verputzt werden. Dadurch könnte die Schwimmhalle einen lichtereren Charakter erhalten. Einschließlich der Arbeiten in den Nebenräumen und der Anpassung der Beleuchtung, die zu einer Reduzierung der elektrischen Leistung führen würde, sowie der Baunebenkosten schließt die Kostenberechnung mit 84.138,14 € ab. Die Kostenberechnung für eine Reparatur und Wiedermontage der vorhandenen Decke beläuft sich auf 92.943,71 €.

Der Bau- und Umweltausschuß hat das Büro stendel architekten nach einer ausführlichen Ortseinsicht am 15.10.2008 beauftragt, für eine umgehende Demontage der vorhandenen Decke Sorge zu tragen. Herr Stendel und Herr Ripperger stellten die Planung und die vorgeschlagenen Materialien dem Stadtrat nochmals vor.

Der Stadtrat beschloß, die Decke der Schwimmhalle gemäß dem Konzept des Büros stendel architekten auszutauschen und beauftragte das Büro, kurzfristig die entsprechende Ausschreibung vorzubereiten.

2.2 Genehmigung der Auftragsvergabe für mobile Trennwände

In die ehemalige Einfachtturnhalle, die künftig als Erweiterung der OGS dienen soll, sind zwei mobile Trennwände einzubauen, die zum einen die verschiedenen Funktionsbereiche (Aktivitäten, Speisesaal, Musischer Bereich) voneinander trennen, zum anderen bei Bedarf die Nutzung größerer Flächen für schulische Veranstaltungen ermöglichen sollen. Für den mittleren Raumteil (Speisesaal) soll zur Verbesserung der akustischen Gegebenheiten eine Trennwand mit einem schallabsorbierenden Belag aus geschlitzten Ahornplatten versehen werden.

Die Auswertung der beschränkten Ausschreibung hat folgendes Ergebnis gebracht:

| | |
|--------------------------|--------------|
| Fa. Becker, Neumünster | 86.898,56 € |
| Fa. Nüsing, Münster | 89.996,25 € |
| Fa. Milde, Aschaffenburg | 93.791,93 € |
| Fa. Schäfer, Horhausen | 94.636,65 € |
| Fa. Berberich, Wörth | 102.595,92 € |

(Kostenberechnung: 84.337,68 €)

Der Bau- und Umweltausschuß empfiehlt die Vergabe an die wenigstnehmende Fa. Becker. Um eine zeitgerechte Fertigstellung bis Ende November 2008 sicherzustellen, ermächtigte der Ausschuß die Verwaltung, den Auftrag schon vor der nächsten Stadtratssitzung zu erteilen.

Der Stadtrat beschloß, dies zu genehmigen.

2.3 Genehmigung der Auftragsvergabe für die Heizungsanlage

Für die Erneuerung der Deckenstrahlheizung wurde eine öffentliche Ausschreibung mit folgendem Ergebnis durchgeführt:

| | |
|-----------------------|--------------|
| Fa. Dreher, Wörth | 107.468,42 € |
| Fa. Ruf, Kleinheubach | 110.057,32 € |

(Kostenberechnung 110.441,52 €)

Ein weiteres Angebot ging verspätet ein und konnte deshalb nicht gewertet werden. Es wäre auch aus wirtschaftlichen Gründen nicht in Betracht gekommen.

Nachdem das Gewerk insbesondere wegen der notwendigen Abbrucharbeiten und der Koordinierung mit Folgegewerken besonders zeitkritisch ist, hat die Verwaltung den Auftrag an die wenigstnehmende Fa. Dreher vergeben.

Der Stadtrat beschloß, dies zu genehmigen.

2.4 Weitere Informationen

Auf entsprechende Nachfragen gab Herr Stendel noch folgende Informationen:

- Eine Fertigstellung der Arbeiten sowohl in der OGS als auch in der Schwimmhalle sollen danach bis spätestens zum Jahresende abgeschlossen sein
- Die neuen Fenster in der Schwimmhalle wurden mit einer senkrechten Teilung versehen, weil die notwendige F30-Verglasung nur bis zu bestimmten Größen geliefert werden kann.
- Das Büro stendel architekten ist kontinuierlich damit befaßt, für eine Beseitigung der festgestellten Mängel in der Sporthalle Sorge zu tragen.

3. **Forstbericht 2007**

Forstrevierleitung und Stadtkämmerei haben den Forstbericht für das Jahr 2007 erstellt. Den Stadtratsmitgliedern wurde er bereits vor mehreren Wochen zugestellt. Bürgermeister Dotzel trug den Forstbericht vor.

Bei Gesamteinnahmen von 322.334,49 € und Gesamtausgaben von 317.580,65 € ergibt sich ein Überschuß von 4.753,84 € (Vorjahr: 9.403,34 €). Positiv hat sich auf das Ergebnis ausgewirkt, daß die beiden Waldarbeiter wieder für drei Monate im städtischen Bauhof beschäftigt wurden und insofern Lohnkosten umverteilt werden konnten. Verschlechtert wurde das Ergebnis durch den Sturm „Kyrill“. Zwar war der Umfang des Sturmwurfs mit ca. 300 fm relativ gering, jedoch hat die breite räumliche Verteilung zu überdurchschnittlichen Aufarbeitungskosten geführt.

Insgesamt wurden 4.462 fm Holz eingeschlagen. Dies entspricht etwa 80% des neuen Soll-Einschlags von 5.600 fm. Damit wurde der hohe Einschlag aus dem Jahr 2006 kompensiert.

Auf Nachfrage von Stadtrat Oettinger gab Forstrevierleiter Steinhardt bekannt, daß die Verwertung von Schwachholz zur Gewinnung von Hackschnitzeln derzeit für die Stadt nicht wirtschaftlich ist, zumal diese Qualitäten als Schlagabraum seitens der Bevölkerung stark nachgefragt werden.

4. **Vorstellung des Nachtragshaushaltsplans 2008**

Die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes wurde zurückgestellt.

5. **Sanierungsmaßnahmen auf der ehemaligen Kreismülldeponie – Ausgleich für Straßenschäden**

In seiner Sitzung vom 19.03.2008 hatte der Stadtrat einen vom LRA Miltenberg vorgelegten Vereinbarungsentwurf über den Ausgleich von durch die Rekultivierung der ehemaligen Kreismülldeponie verursachte Straßenschäden wie folgt beraten:

„Im Rahmen der Rekultivierungsarbeiten auf der ehemaligen Kreismülldeponie hatte die Stadt Würth vom Landkreis Miltenberg eine finanzielle Kompensation der durch den übermäßigen Schwerlastverkehr zu erwartenden Straßenschäden in der Frühlingstraße, der Bayernstraße, dem Boxbergweg und dem Vielbrunner Weg gefordert.

Dazu wurde der Zustand der genannten Straßen und Wege gemeinsam vor und nach der Maßnahme begangen und festgestellt. An einigen Schadstellen wurde ein Anteil des Landkreises von nur 50% festgelegt, da diese nicht ausschließlich dem Landkreis zugerechnet werden können.

Eine Kostenberechnung des Landkreises auf Basis der Begehung schließt mit Bau-/ Reparaturkosten in Höhe von brutto 117.000 € ab. Mit Schreiben vom 04.12.2007 hat der Landkreis der Stadt „zur schnellen und unbürokratischen Lösung der Angelegenheit“ eine pauschale Zahlung von 110.000 € unter folgenden Bedingungen angeboten:

- 1. Die Stadt Würth verzichtet auf jegliche weitere Forderung hinsichtlich der Nutzung der Ortsstraßen in Zusammenhang mit Stilllegung und Nachsorge der ehemaligen Kreismülldeponie*
- 2. Die Zahlung des Landkreises soll in erster Linie den Anliegern zugute kommen und diese bei möglichen Straßenausbaubeiträgen entlasten*
- 3. Der Ausbau und die Sanierung des Boxbergweges ab der Einmündung Bayernstraße bis zum Vielbrunner Weg (Gelände Arnheiter/Diephaus) sind ausdrücklich eingeschlossen*
- 4. Die Stadt Würth verpflichtet sich, die Sanierungsmaßnahmen bis spätestens 2 Jahre nach Auszahlung des vereinbarten Betrags durch den Landkreis durchzuführen*
- 5. Die Stadt Würth verpflichtet sich zur Unterhaltung der befestigten ehemaligen Zufahrt zur Kreismülldeponie am unteren Vielbrunner Weg (Wendeplatz)*

6. Die Stadt Wörth verpflichtet sich, im Rahmen der Sanierung des Vielbrunner Wegs auch die Grundstücksgrenzen des landkreiseigenen Grundstücks Fl.Nr. 5224/2 wieder herzustellen und durch eine ordnungsgemäße Ableitung des Oberflächenwassers dieses Weges den Zufluß auf das landkreiseigene Grundstück Fl.Nr. 5224/2 (Infrastrukturbereich) zuverlässig und dauerhaft zu verhindern.

Die Stadt hat dem Landkreis mitgeteilt, daß eine Verkürzung des ermittelten Ausgleichsbetrags von 117.000 auf 110.000 € nicht akzeptabel ist. Zudem wird die Verknüpfung der strittigen Frage zu 6. mit der Behebung der Straßenschäden abgelehnt. Die Stadt Wörth hält es nämlich nicht für ihre Aufgabe, den Zufluß von Oberflächenwasser auf das Landkreisgrundstück auf ihre Kosten zu verhindern, nachdem die Baumaßnahmen auf dem seit jeher unterhalb des Weges liegenden Grundstück die Situation erst verschärft haben.

Zwischenzeitlich hat der Landkreis sein Angebot auf 113.500 € erhöht, im übrigen jedoch auf seinen Bedingungen beharrt.

Der Stadtrat beauftragte die Verwaltung, hinsichtlich der o.g. Punkte 3. bis 6. weitere Verhandlungen mit dem Landkreis zu führen. Über die dargestellten Bedenken hinaus soll klargemacht werden, daß eine zeitliche Verpflichtung der Stadt angesichts der möglichen Betriebsverlagerung der Fa. Diephaus nicht eingegangen werden kann. Auch eine Unterhaltung des Wendeplatzes liegt nicht im Interesse der Stadt und soll möglichst abgewendet werden.“

Diesem Auftrag ist die Verwaltung nachgekommen. Der Landkreis hat daraufhin angeboten, den Entschädigungsbetrag auf 120.000 € zu erhöhen. Von den übrigen Forderungen ist er dagegen nicht abgerückt.

Um weitere Verzögerungen bei der Auszahlung der finanziellen Kompensation zu vermeiden, empfiehlt die Verwaltung, der Vereinbarung zuzustimmen. Derzeit wird untersucht, wie das Oberflächenwasser des Vielbrunner Wegs kostengünstig abgeleitet werden kann und ob eine Beteiligung des Amtes für Ländliche Entwicklung in Frage kommt, da das strittige Oberflächenwasser weit überwiegend aus dem Flurbereich zuläuft.

Seitens des Stadtrates wurde die starre Haltung des Landkreises massiv kritisiert. Außerdem wurde befürchtet, daß die Entwässerung des Boxbergsweges derzeit kostenmäßig nicht eingeschätzt werden kann und die Stadt insofern ein erhebliches Risiko trägt. Von verschiedenen Stadtratsmitgliedern wurde vorgeschlagen, weitere Verhandlungen mit dem Landkreis zu führen. Der Bau- und Umweltausschuß wurde beauftragt, bei der Ortsbegehung am 24.10. auch diesen Bereich zu besichtigen.

Nach intensiver Erörterung beschloß der Stadtrat mit 16:4 Stimmen, dem Bau- und Umweltausschuß die Befugnis über die Beschlußfassung zum Abschluß der Vereinbarung mit dem Landkreis unter der Maßgabe zu übertragen, daß die Frist für die Behebung der Straßenschäden auf 5 Jahre statt der vom Kreis vorgeschlagenen zwei Jahre verlängert wird.

6. Abschluß einer Zweckvereinbarung mit dem Landkreis Miltenberg zum Projekt Windelsack

In seiner Sitzung vom 24.09.2008 hatte der Stadtrat den Abschluß einer Zweckvereinbarung mit dem Landkreis Miltenberg zum Projekt Windelsack wie folgt beraten:

„Das Landratsamt Miltenberg hat der Stadt den Entwurf einer Zweckvereinbarung zum Projekt Windelsack zugeleitet. Mit dem Projekt soll die Entsorgung der Windeln sowohl von Kleinkindern als auch von Inkontinenzpatienten neu geregelt werden. Die Gemeinden übernehmen dabei die kostenlose Ausgabe der Windelsäcke. Kinder sind dabei bis zum Alter von zwei Jahren zu berücksichtigen und erhalten 26 Säcke jährlich. Für Inkontinenzpatienten sind 13 Säcke jährlich vorgesehen. Die bisherigen Pflögetonnen entfallen.

Die Kosten für die Windelsäcke für die Kleinkinder tragen der Landkreis und die jeweilige Gemeinde je zur Hälfte. Die Kosten der Windelsäcke für Pflegefälle trägt der Landkreis. Vorbehaltlich einer demnächst zu erstellenden Kalkulation betragen die Kosten je Sack ca. 2,50 €.

Die Vereinbarung soll zum 01.01.2009 in Kraft treten. Sie kann jeweils mit einer Frist von 12 Monaten zum Ende eines Kalenderjahres gekündigt werden.

Der Stadtrat begrüßte die Zielsetzung der Vereinbarung, beauftragte aber die Verwaltung trotz erheblicher Bedenken des Bürgermeisters und einiger Stadtratsmitglieder, folgende Verbesserungsvorschläge vorzutragen:

- Die Anzahl von 13 Windelsäcken für Inkontinenzpatienten wird als völlig unzureichend angesehen. Es sind für diesen Empfängerkreis ebenfalls 26 Säcke jährlich anzustreben

Statt Säcken sollen sowohl aus Umweltgesichtspunkten als auch aus Gründen des Arbeitsschutzes für die Müllwerker Tonnen verwendet werden. Durch entsprechende Programmierung der Chips kann eine übermäßige Inanspruchnahme ausgeschlossen werden“

Die Verwaltung ist diesem Auftrag mit Schreiben vom 26.09.2008 nachgekommen. Das Landratsamt seinerseits hat mit Schreiben vom 01.10.2008 mitgeteilt, daß die Windelsäcke aufgrund der Zustimmung der Landkreisbürgermeister und des entsprechenden Beschlusses des Natur- und Umweltausschusses des Landkreises bereits beschafft wurden. Eine kontrollierte Abfuhr über die neuen Tonnen sei nicht möglich, da das implementierte Chipsystem lediglich der Kontrolle diene, ob die betreffende Tonne gültig beim Landkreis angemeldet sei. Zudem hat das LRA klargestellt, daß auch für Kleinkinder nur 13 Säcke jährlich ausgegeben werden; die Zahl von 26 Säcken bezieht sich danach auf den gesamten Anspruchszeitraum von zwei Jahren. Nach der geltenden Beschlußlage der Landkreisgremien könnten in Gemeinden, die sich nicht am „Windelsack“-Projekt beteiligen, Windelsäcke für Kleinkinder nicht ausgegeben werden.

Die Haltung des Landratsamtes wurde von mehreren Stadtratsmitgliedern scharf kritisiert. Die Stadträte Stappel und Jens Marco Scherf kündigten an, bei der Beratung im Kreistag Nachbesserungen im Sinne des oben zitierten Beschlusses zu beantragen.

Der Stadtrat kam überein, über den Abschluß der Zweckvereinbarung erst nach der Behandlung im Kreistag zu beschließen.

7. Antrag auf Einrichtung eines oder mehrerer Bolzplätze im Stadtbereich

Mit Schreiben vom 13.10.2008, eingegangen bei der Stadt am 15.10.2008, hat eine Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern (beigegeben waren Listen mit 60 Unterschriften) die Errichtung eines oder mehrerer weitere Bolzplätze im Stadtbereich gefordert. Begründet wird dies mit der Notwendigkeit, den geburtenstarken Jahrgängen der Jahre 1995-2001 ein entsprechendes Angebot zur Verfügung zu stellen.

Der Bolzplatz am Galgen komme wegen der abgeschiedenen Lage und der Nutzung durch ältere Jugendliche ebensowenig in Frage wie die örtlichen Spielplätze, da dort erhebliche Widerstände der Nachbarn zu beobachten seien.

Während der Beratung wurde verschiedentlich die Notwendigkeit betont, den Antrag nicht isoliert zu beraten, sondern ein Gesamtkonzept zur Frage „ballspielende Kinder“ zu entwickeln. Neben verschiedenen denkbaren Standorten wurde dabei auch erwogen, die Spielplätze zeitlich begrenzt zum Ballspielen freizugeben.

Stadtrat Lenk teilte mit, daß der TV ggf. bereit ist, die nicht mehr benötigte Turnwiese zur Verfügung zu stellen. Dies soll möglichst bald geklärt werden.

Nach ausführlicher Beratung beschloß der Stadtrat, den Antrag auf Errichtung eines oder mehrerer Bolzplätze zur Vorbereitung an den Ausschuß für Bildung, Kultur und Soziales zu überweisen.

Auf entsprechende Nachfrage teilte Bürgermeister Dotzel mit, daß er die Verteilung von Findlingen auf dem Rollschuhplatz veranlaßt habe, um von dort ausgehende massive Störungen zu unterbinden. Sofern Stadtrat oder Ausschuß beschlössen, dies rückgängig zu machen, werde dieser Beschluß umgehend umgesetzt.

8. **Beschaffung eines Fahrzeugs für die Essensausgabe OGS/Kindertagesstätten**

In seiner Sitzung vom 02.07.2008 hatte der Stadtrat beschlossen, den Auftrag für die Mittagessenversorgung der städtischen Bildungseinrichtungen für die nächsten beiden Schuljahre an die Fa. WIKA zu vergeben. Bereits damals war mitgeteilt worden, daß eine Abholung ab Küche erfolgen muß und deshalb Sachkosten für den Transport anfallen werden.

Während der Verfeinerung der Organisationsplanung hat sich ergeben, daß für die Versorgung ein eigenes Fahrzeug notwendig ist. Als Eilentscheidung gemäß Art. 37 Abs. 3 GO hat deshalb der Erste Bürgermeister auf Bitte der Stadtkämmerei die Beschaffung eines Kastenvans Peugeot Bipper bei der Fa. Stange, Wörth, zum Preis von 10.990 € veranlaßt. Dies wird dem Stadtrat als dem für die Vergabe originär zuständigen Organ (nicht unerhebliche außerplanmäßige Ausgabe) hiermit bekanntgegeben. Die Aufwendungen für das Fahrzeug (einschließlich kalkulatorischer Kosten) sind in die Kalkulation der Essenskosten eingeflossen.

Stadtrat Wetzel kritisierte die Beschaffung als nicht eilbedürftig, da ein etwaiger Bedarf schon zur Sitzung des Stadtrates am 02.07. bekannt sein hätte können. Die Nutzungsdauer sei mit 10 Jahren zu lang angesetzt, die laufenden Betriebskosten nicht in die Kalkulation eingegangen. Zudem hätte geprüft werden müssen, ob vorhandene Fahrzeuge des Fuhrparks eingesetzt werden können.

Stadtkämmerer Firmbach verwies auf die umfangreichen Vorarbeiten bei der Organisation der Essensausgabe. Die Nutzungsdauer entspreche den besonderen Verhältnissen bei der Stadt; für die Betriebskosten sei im Essenspreis noch ausreichender Spielraum. Stadtrat Ballonier verwies auf praktische und lebensmittelrechtliche Probleme beim Einsatz von Bauhoffahrzeugen für diesen Zweck.

9. **Bewerbung des Landkreises Miltenberg um die Landesgartenschau 2016**

Bürgermeister Dotzel gab bekannt, daß der Bau- und Umweltausschuß mit Beschluß vom 13.10.2008 der Beteiligung der Stadt an der Bewerbung des Landkreises Miltenberg um die Landesgartenschau 2016 zugestimmt hat. Der Anteil der Stadt an den Kosten für das Bewerbungskonzept beträgt etwa 3.000-5.000 €. Schwerpunktthema der Bewerbung soll der Landschaftsraum „Main“ sein; die Schau soll mehrere am Fluß gelegenen Städte und Gemeinden zwischen Obernburg und Stadtprozelten mit einbeziehen.

Stadtrat Jens Marco Scherf verwies auf die hohen Kosten (10-15 Mio. € für die Vorbereitung, 5-7 Mio. € für die Durchführung) und das daraus erwachsende Risiko für die beteiligten Kommunen. Stadtrat Stappel berichtete, daß der Schwerpunkt der Aktivitäten ohnehin im Raum Miltenberg liegen werde.

Der Stadtrat kam überein, daß im Falle eines Zuschlags an den Landkreis Miltenberg über konkrete finanzielle Beteiligungen und Finanzierungsmodelle erneut beraten werden muß. Mit der Beteiligung an der Bewerbung ist aus Sicht des Stadtrates wie der Verwaltung keine Bindung für eine tatsächliche Teilnahme eingetreten.

10. **Anfragen**

- Auf Anfrage von Stadtrat Hofmann teilte Bgm. Dotzel mit, daß derzeit die Zuwendungsanträge wie die Ausschreibungen für die Sanierung des Obertors und des Tannenturms vorbereitet werden. Die Maßnahmen sollen bis 30.06.2009 durchgeführt und abgerechnet sein.
- Stadtrat Hofmann erkundigte sich nach der ausstehenden Installation von Fernwirktechnik im Wasserwerk. Bgm. Dotzel gab hierzu bekannt, daß der AMME mit der beauftragten Fa. ABB wegen Schlechterfüllung in anderen Orten einen Rechtsstreit führt.
- Stadträtin Zethner regte an, in der WC-Anlage am Tannenturm und in der neuen Zweifachsporthalle Wickelaufgaben zu installieren. Es soll geprüft werden, wie dem gefolgt werden kann.
- Auf Anfrage von Stadtrat Lenk teilte Bgm. Dotzel mit, daß die Fa. Diephaus von der Ver-

waltung aufgefordert wurde, ihren Wasserverbrauch und dessen Herkunft offenzulegen.

- Stadtrat Lenk beklagte, daß im Bereich der Einmündung Pfarrer-Adam-Haus-Straße/Odenwaldstraße oft mit überhöhter Geschwindigkeit gefahren wird. An dieser Stelle soll deshalb das neue Geschwindigkeitsanzeigesystem der Stadt mit eingesetzt werden.
- Stadtrat Kettinger regte an, den Schriftzug an der Bastion farblich neu zu gestalten, da er durch das Vergrauen der Betonmauer kaum noch lesbar ist.
- Stadtrat Kettinger schlug vor, am Mainradweg einen Stadtplan mit besonderem Eintrag von Gaststätten und Einzelhandelsgeschäften aufzustellen.

Wörth a. Main, 28.10.2008

Dotzel
Erster Bürgermeister

A. Englert
Protokollführer